

Dresden, 01.02.2011

Pressemitteilung von Dr. Cornelia Ernst

Sächsische Europaabgeordnete unterstützen STREIK für Demokratie

Verschiedene Vereine, Initiativen und Bildungsträger rufen für den 1.2.2011 zu einem Streik gegen die so genannte Extremismusklausel auf. Die Unterzeichnung dieser Klausel wird für die Beteiligung an Bundesprogrammen für Demokratieförderung zwingend, der Freistaat hat zudem angekündigt die Klausel als Voraussetzung für Förderung aus dem Programm Weltoffenes Sachsen zu übernehmen. Mit der Unterzeichnung der Extremismusklausel müssen sich Vereine und Initiativen zur Freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen und zur Überprüfung von PartnerInnen, z.B. ReferentInnen bei Veranstaltungen, auf deren Grundgesetztreue verpflichten. Es dürfe nicht der „Anschein“ erweckt werden, dass „einer Unterstützung extremistischer Strukturen [...] Vorschub geleistet wird.“

Dr. Cornelia Ernst, Mitglied des Europäischen Parlamentes erklärt:

„Auch ich habe heute ein Protestfax an die Verantwortlichen im Freistaat und Bund geschickt und diese damit aufgefordert die Extremismusklausel zurückzunehmen. Aus meiner langjährigen politischen Tätigkeit im Bereich der Flüchtlingspolitik kann ich zu gut einschätzen, welche Arbeit zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen leisten. Sie kämpfen oft gegen Windmühlen wenn sie die Ressentiments, die viele Menschen gegenüber MigrantInnen hegen, aufbrechen wollen, wenn sie der verbreiteten Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit die Möglichkeit der aktiven Teilhabe entgegensetzen. Mit der Extremismuserklärung drücken Bundes- und sächsische Landesregierung ihr Misstrauen gegen die aus, die mit Herzblut für eine demokratische und humanistische Kultur arbeiten. Und nicht nur das: sie wollen, dass diese auch ihre Partner ausspionieren und auf ihre „extremistischen Bestrebungen“ prüfen sollen. Der renommierte Staatsrechtler Prof. Ulrich Battis hat in einem Rechtsgutachten herausgestellt, dass dies nicht nur unverhältnismäßig, sondern sogar grundgesetzwidrig ist.

Dass die zuständigen Ministerien im Bund und im Land Sachsen die Klausel nun entsprechend dieses Gutachtens anzupassen versuchen (Anm: in den Hinweisen des Bundesfamilienministeriums wurde inzwischen der Passus „Partner“ ausdefiniert und auch der sächsische Innenminister kündigte an die Klausel verfassungskonform zu reformulieren) reicht nicht. Die Extremismusklausel muss zurückgenommen werden. Nur so kann ein Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft wieder hergestellt werden. Frau Schröder und Herr Ulbig – zeigen sie Mut für eine wirklich streitbare und lebendige Demokratie!“

Europäisches Parlament

Dr. Cornelia Ernst (MdEP)
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
Tel: +32-(0)228-47660
Fax: +32-(0)228-49660
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
AssistentInnen:
Manuela Kropp: manuela.kropp@europarl.europa.eu
Lorenz Krämer: lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden

Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
AssistentInnen:
Jan Robert Karas (0174/3149634)
Susann Scholz-Karas (0174/3149635)
Susanna Karawanskij (0151/23505903)
europa@cornelia-ernst.de